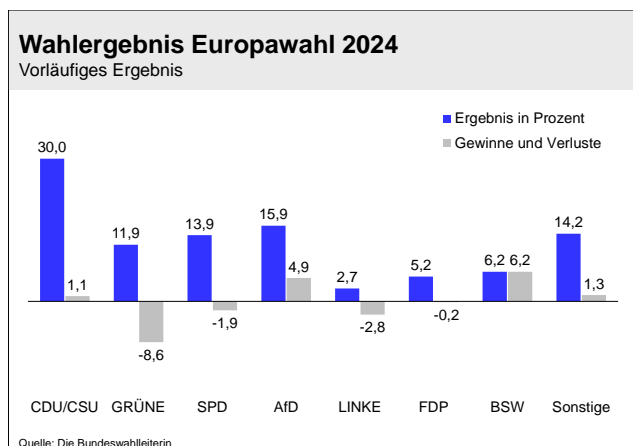


Starker EU-Zuspruch, schwache Bundesregierung Unions-Wahlsieg, Grünen-Einbruch und Populismus-Gefahr

In Deutschland heißt der Sieger der Europawahl wie immer seit 1979 CDU/CSU. Nach einem leichten Plus kommt die CDU/CSU auf 30,0% (+1,1). Die Grünen haben nach ihrem Rekordergebnis von 2019 heftige Verluste und erreichen noch 11,9% (-8,6), die SPD fällt mit 13,9% (-1,9) auf ihr historisch schwächstes Europawahl-Ergebnis. Die AfD verbessert sich auf 15,9% (+4,9), die Linke kommt auf 2,7% (-2,8), die FDP auf 5,2% (-0,2) und das BSW bei seinem überregionalen Wahldebut auf 6,2%. Auf alle sonstigen Parteien entfallen bei einer Wahl ganz ohne Sperrklausel insgesamt 14,2%, darunter 2,7% auf die Freien Wähler und 2,6% auf Volt. Die Wahlbeteiligung steigt mit 64,8% (+3,4) auf den zweithöchsten Wert bei einer Europawahl in Deutschland.

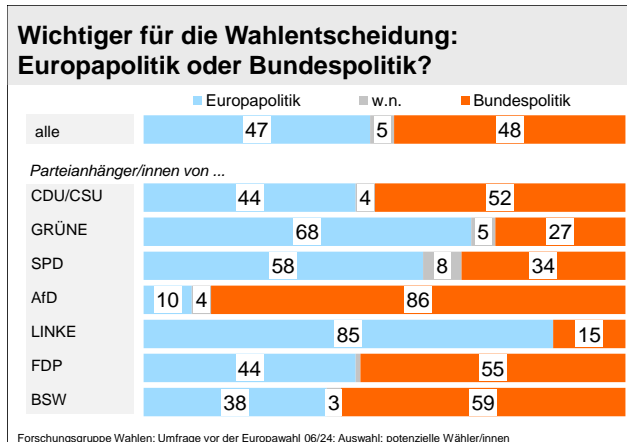


Wahlmotive: Viel Europa, Bund bleibt Faktor

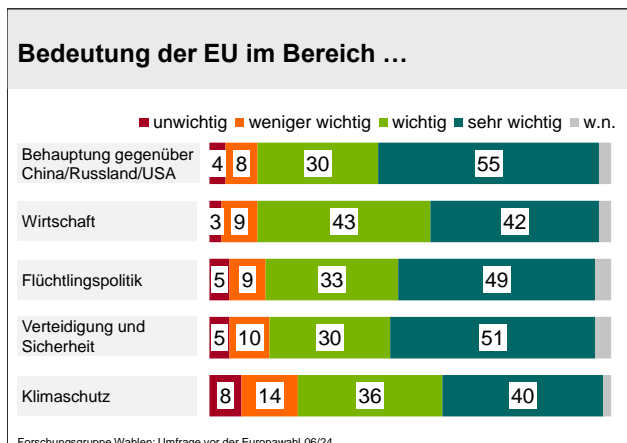
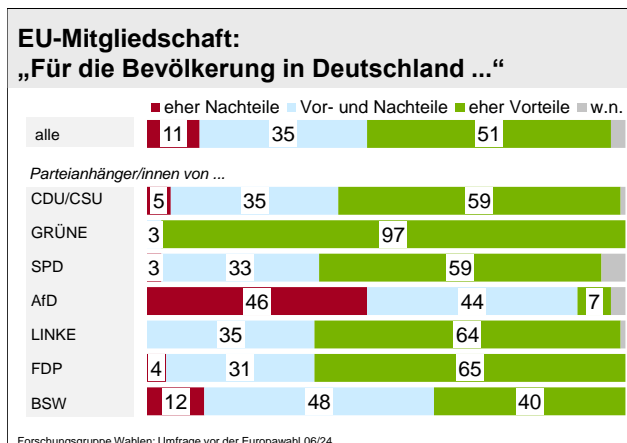
Gestützt auf viel Zuspruch aus der älteren Generation, basiert der Unionswahlsieg nur bedingt auf eigener Stärke. Zwar punktet die CDU/CSU mit Parteiansehen und Sachkompetenz, trifft in der politischen Mitte aber auch auf schwache Ampel-Parteien. AfD und partiell das BSW profitieren – neben viel Regierungskritik und wenig Alternativvertrauen in die CDU/CSU – von aktuellen Ereignissen und anti-europäischen Stimmungen. Unter allen Befragten wird die EU-Mitgliedschaft Deutschlands aber grundsätzlich positiv bewertet; gerade im aktuellen Krisenumfeld gilt die EU als hochrelevante Institution.

EU: Wirtschaft, Sicherheit, globales Standing

Überlagert von vielen vor allem auch transnational wichtigen Themen wie Sicherheitspolitik, Migration, Klimawandel oder (Rechts-)Populismus, war bei der Wahl für 47% der Befragten die Politik in Europa ausschlaggebend, für 48% aber die Bundespolitik.

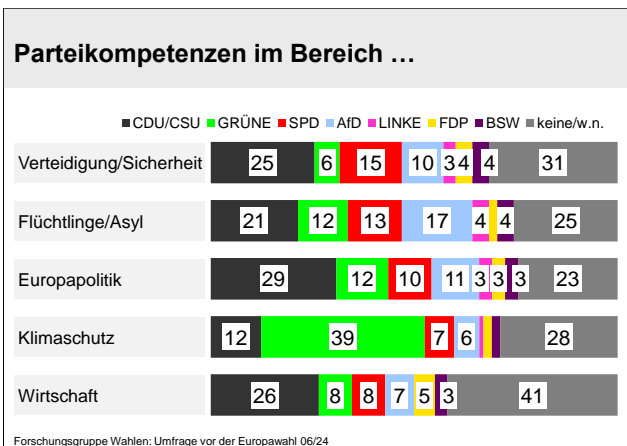
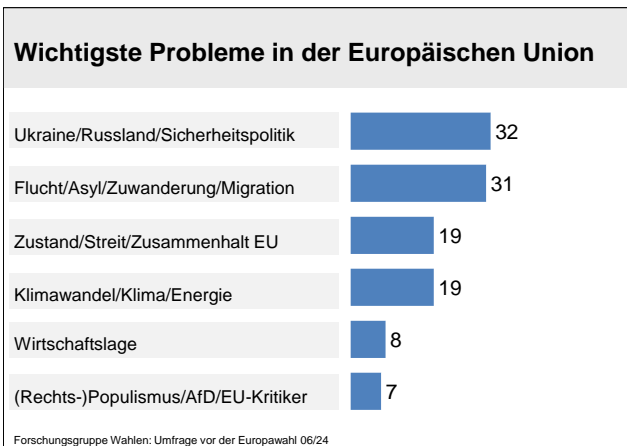


Nach 69% 2014 und 55% 2019 sind zwar noch immer 54% eher unzufrieden damit, wie in Europa Politik gemacht wird. Dennoch halten 85% der Befragten die EU für wichtig (30%) oder sehr wichtig (55%), „um uns gegenüber den USA, Russland oder China behaupten zu können“. Hohe Relevanz besitzt die Staatengemeinschaft nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger auch „für die deutsche Wirtschaft“, im Bereich „Flüchtlingspolitik“, „für Verteidigung und Sicherheit“ und im Bereich „Klimaschutz“.



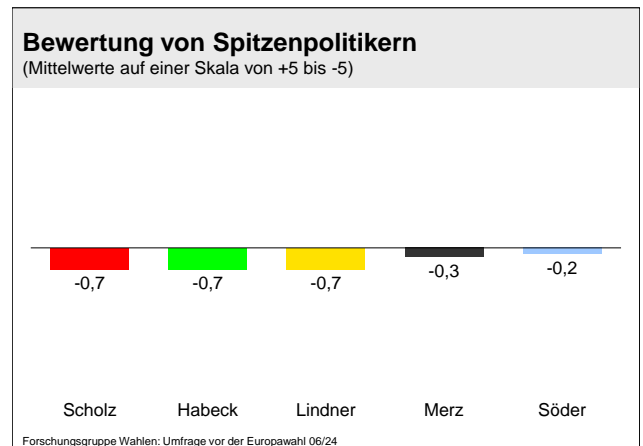
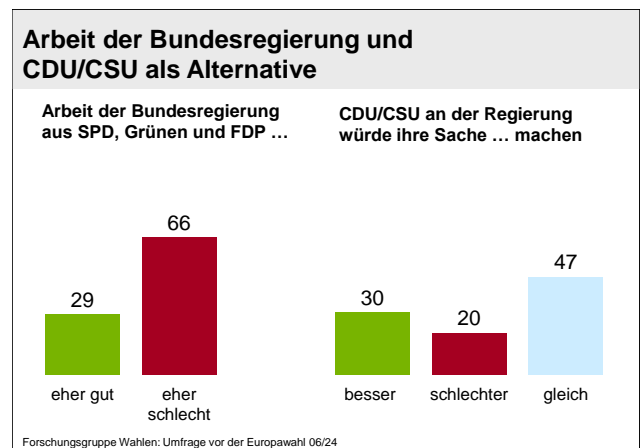
Kompetenzen: SPD und Scholz mit Defiziten

Bei den Parteikompetenzen in den Bereichen „Verteidigung/Sicherheit“, „Flüchtlinge/Asyl“ oder „Wirtschaftspolitik“ wird der CDU/CSU mehr zugetraut als der SPD, die auch im Politikfeld „Europa“ das Nachsehen hat. Nur 28% aller Befragten meinen, dass es Bundeskanzler Scholz gut gelingt, deutsche Interessen in der EU durchzusetzen (nicht gut: 70%). Bei „Klimaschutz“ führen die Grünen weit weniger souverän als 2019; beim Thema „Flüchtlinge/Asyl“, das zuletzt an Bedeutung zugelegt hat, bekommt die AfD viel Zuspruch. 62% fordern eine schärfere EU-Migrationspolitik, darunter mit 88% bzw. 83% besonders viele AfD- bzw. BSW-Wähler/innen.



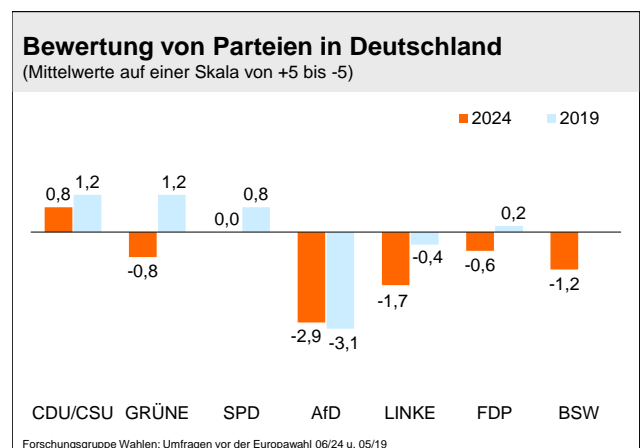
Bund: Unzufriedenheit mit der Regierung

Bei der europawahltypischen Präsenz von viel Bundespolitik schadet den Ampel-Parteien ihre schlechte Performance im Bund: 66% aller Befragten sind mit der Bundesregierung eher unzufrieden (eher zufrieden: 29%). Bei aller Kritik an der Ampel kann die Union als mögliche Alternative aber auch nicht wirklich überzeugen: Dass die CDU/CSU – würde sie regieren – ihre Sache besser machen würde, meinen nur 30% (schlechter: 20%; kein Unterschied: 48%), zumal die Union auch personell nicht überzeugt: Weder Friedrich Merz noch Markus Söder können sich beim Ansehen klar von einem schwachen Bundeskanzler Olaf Scholz absetzen.



Parteien: Imageeinbruch der Grünen

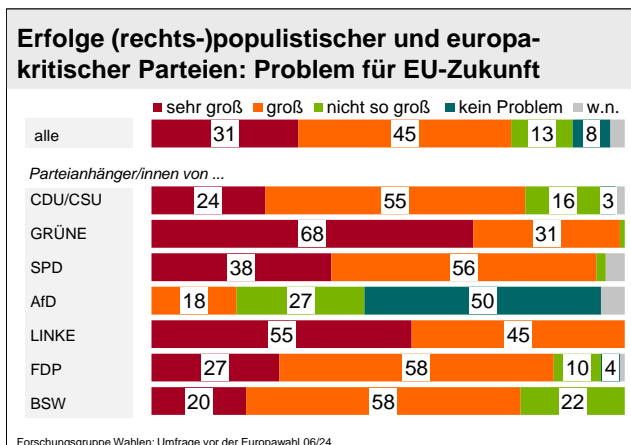
Beim Parteiansehen liegt die CDU/CSU klar vor der SPD. Die Grünen, vor fünf Jahren mit der CDU/CSU noch auf Augenhöhe, brechen massiv ein. Linke, FDP und BSW werden mehr oder weniger negativ bewertet, das AfD-Image bleibt extrem schlecht. 74% aller Befragten sehen in der AfD zudem eine Gefahr für die Demokratie.



(Rechts-)Populismus: Problem für EU-Zukunft

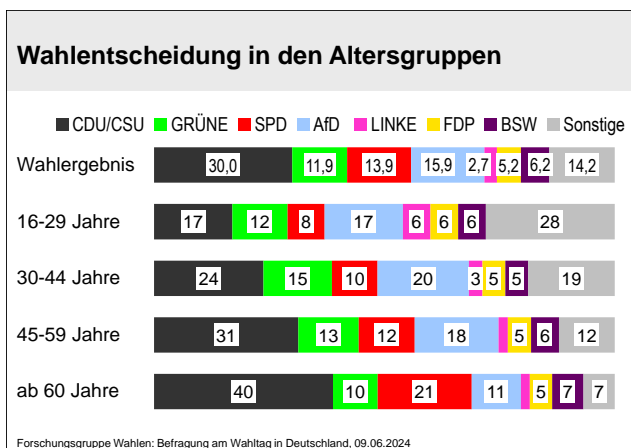
Für die Zukunft der EU wäre es 56% aller Befragten am liebsten, wenn sich die Mitgliedsstaaten künftig noch enger zusammenschließen. 9% wollen am aktuellen Status nichts ändern und 31% sind für mehr Eigenständigkeit der Nationalstaaten, darunter aber mit 73% bzw. 58% besonders viele Befragte im AfD-

und BSW-Lager. Konträr zur Gesamtheit sind diese Wählergruppen außerdem für ein Rückfahren des westlichen Ukraine-Supports. Nur 19% im AfD- und 21% im BSW-Lager, aber 65% aller Befragten glauben, dass Russland der EU mit einer Unterstützung europäischer (Rechts-)Populisten schaden will. Dabei sieht mit 76% eine deutliche Mehrheit ein großes (45%) oder sehr großes (31%) Problem für die Zukunft der EU, wenn (rechts-)populistische und europa-kritische Kräfte bei dieser Wahl gut abschneiden. Nur 21% erachten dies als ein nicht so großes Problem (13%) oder überhaupt kein Problem (8%).



Junge Wähler/innen: Kein klarer Favorit

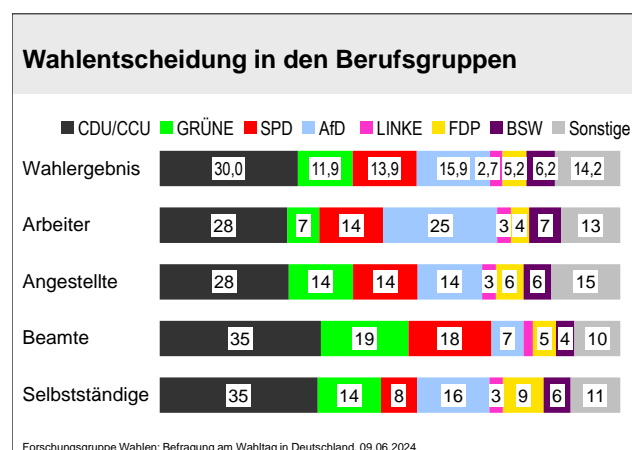
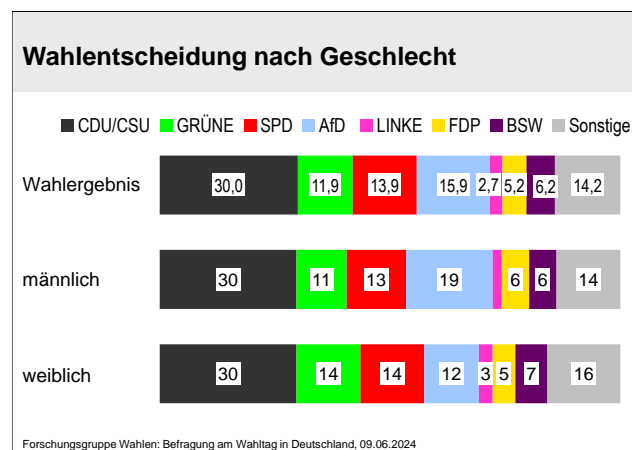
Für den Wahlsieger bleiben die älteren, beteiligungsstarken Wähler/innen die mit Abstand wichtigste Stütze: Bei den ab 60-Jährigen holt die CDU/CSU 40%. Bei allen unter 60-Jährigen liegt die CDU/CSU mit 25% genau wie die SPD mit 10% deutlich unter ihrem Gesamtergebnis, die AfD holt bei allen unter 60-Jährigen 18%.



Die Grünen brechen bei allen unter 30-Jährigen massiv auf nur noch 12% (-19) ein; speziell bei den 16- bis 24-jährigen Jung- und Erstwähler/innen kommen

die Grünen nur auf 10%. CDU/CSU und AfD liegen in der Gruppe der unter 25-Jährigen gleichauf (jeweils 17%); die SPD erreicht bei den 16- bis 24-Jährigen nur 9%, Volt kommt hier auf 8%.

Die Grünen verlieren bei Frauen noch etwas stärker als bei Männern, erzielen aber unter Wählerinnen mit 14 Prozent (-10) weiterhin etwas mehr Zuspruch als unter Wählern mit 11% (-7). Bei der AfD ist dies praktisch umgekehrt, wobei diese Partei bei den Männern unter 60 Jahren weitaus erfolgreicher ist als bei den Wählern aus der Generation 60plus.



Europawahl: Keine kleine Bundestagswahl

Als Gradmesser für den Bund taugt die Europawahl nur bedingt: Auch wenn die Kritik an der Ampel-Regierung klar zum Ausdruck kommt, bleibt das Wahlverhalten bei den eigenen Regeln und Rahmenbedingungen dieser Wahl oft spezifisch, zumal im Europaparlament echte Regierungsoptionen fehlen. Dennoch unterstreichen viel Interesse und Beteiligung die Relevanz einer Gemeinschaft, die in einem krisengeplagten Umfeld von den meisten Menschen in Deutschland wertgeschätzt wird (Mannheim, 10.06.2024).

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Zahlen basieren auf einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.236 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Deutschland in der Woche vor der Wahl (telefonisch und online) sowie auf der Befragung von 46.437 Wähler/innen am Wahltag. Weitere Grafiken und Berichte zur Europawahl auf www.heute.de. Nächstes bundesweites Politbarometer am 13.06.2024. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 15,- bestellt werden.